

## WIRTSCHAFT

VERKEHR - GESETZENTWURF SIEHT PRIVILEGIEN FÜR ELEKTROFAHRZEUGE VOR /  
UNTER ANDEREM KÖNNTEN BUSSPUREN IN STÄDTEN FREIGEgeben WERDEN

# Förderung von E-Autos soll anrollen

ARCHIVARTIKEL    **05. August 2014**    Autor: Wolfgang Mulke



23 881 Elektrofahrzeuge würden unter den aktuellen Gesetzesplan fallen. Bis 2020 sollen nach dem Willen der Regierung eine Million von ihnen unterwegs sein.

© dpa

**BERLIN.** Die Bundesregierung will noch im Sommer ein Elektromobilitätsgesetz beschließen. Ab dem 1. Februar 2015 könnten Kommunen aufgrund der Neuregelung Elektrofahrzeugen im Verkehr Privilegien einräumen. Das geht aus dem dieser Zeitung vorliegenden Referentenentwurf des Verkehrs- und des

Umweltministeriums hervor.

Einen Zuschuss für den Kauf von E-Mobilen oder anderweitige substanzielle finanzielle Anreize sieht der Entwurf nicht vor. Die Kommunen dürfen künftig Busspuren für saubere Autos freigeben. Damit sind neben E-Mobilen auch Hybridfahrzeuge gemeint, die von außen aufgeladen werden können, sowie Autos mit Brennstoffzellenantrieb. Dieser Vorzug ist jedoch umstritten.

So befürchtet der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) dadurch gravierende Nachteile für den öffentlichen Nahverkehr. "Mehr Verkehr auf den Busspuren würde die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs beeinträchtigen", warnt Verbandssprecherin Rahime Algan. Per Brief an die beiden zuständigen Minister hat der VDV seine Ablehnung auch bereits übermittelt.

Neben einer freien Fahrt auf Busspuren sieht das Gesetz noch weniger umstrittene Privilegien vor. Städte und Gemeinden dürfen Parkplätze an Ladesäulen für die abgasfreien Autos reservieren oder kostenlose Parkplätze anbieten. Dort, wo die Durchfahrt für herkömmliche Fahrzeuge verboten ist, um die Anwohner vor Abgasen oder Lärm zu schützen, dürfen E-Mobile freie Fahrt erhalten. Die Entscheidung darüber wird in den Kommunen getroffen.

## **Besonderes Kennzeichen**

Damit die Begünstigungen auch nur den Fahrern mit sauberen Autos oder Transportern zugutekommen, soll es für diese Fahrzeuge ein gesondertes Kennzeichen geben. Im Ausland zugelassene Elektromobile erhalten eine Plakette, die sie als umweltfreundlich ausweist. So können die Beschäftigten der

Ordnungsämter schnell erkennen, ob das Auto auf dem E-Parkplatz auch tatsächlich dort parken darf.

"Das ist ein wichtiger Schritt", sagt der Chef des Automobilverbands, Matthias Wissmann, zu dem Gesetzesentwurf. "Weitere müssen rasch folgen." Dagegen ist der Verkehrsclub Deutschland (VCD) von den Regierungsplänen enttäuscht. Sie entsprächen mehr blindem Aktionismus als einem strategisch überlegten, an Klimaschutzziele ausgerichteten Handeln. "Zusätzliche Fahrzeuge verstopfen Busspuren und halten in der Folge die Menschen davon ab, den umweltfreundlichen Nahverkehr oder das Fahrrad zu nutzen", sagt der verkehrspolitische Sprecher des VCD, Gerd Lottsiepen.

Die Zahl der von den Gesetzesplänen Betroffenen ist bisher überschaubar. Von den 53 Millionen zugelassenen Kraftfahrzeugen fallen gerade einmal 23 881 unter das Gesetz. Trotzdem hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, dem zufolge bis Ende des Jahrzehnts eine Million saubere Autos auf deutschen Straßen unterwegs sein sollen.

© Mannheimer Morgen, Dienstag, 05.08.2014

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen  
Großdruckerei und Verlag GmbH

---

**URL:**

[https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen\\_artikel,-wirtschaft-foerderung-von-e-autos-soll-anrollen-\\_arid,817402.html](https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-wirtschaft-foerderung-von-e-autos-soll-anrollen-_arid,817402.html)

**Zum Thema**